

Die Massaker im Sudan : vom Kolonialkonflikt zum Machtkampf um Erdöl

Autor(en): **Stahel, Albert A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **170 (2004)**

Heft 9

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-69274>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Massaker im Sudan: vom Kolonialkonflikt zum Machtkampf um Erdöl

Das heutige Gebiet des Sudans wurde durch Ägypten, das damals unter osmanischer Herrschaft stand, 1821/22 erobert. Als Folge dieser Eroberung drangen arabische Sklavenhändler aus dem Norden des Sudans in den heutigen Süden (Provinzen Bhar-el Ghazal, Equatoria, Upper Nile) vor. Als Folge dieser Sklavenzüge entstand bei den Eingeborenen ein tiefer Hass, der heute noch die Einstellung der Südsudanesen gegenüber dem Norden bestimmt. Seit beinahe 200 Jahren sehen die Südsudanesen die Araber des Nordens als Feinde an. Diese Situation wurde durch die britische Kolonialherrschaft über den gesamten Sudan, die von 1899 bis 1956 andauerte, nicht behoben. Im Gegenteil, die Briten übten von 1930 bis 1946 eine getrennte Verwaltung über den Norden und den Süden aus. Die dominierende Religion im Norden war der Islam, und im Süden herrschten Naturreligionen und das Christentum. Erst nach 1946 entschloss sich die britische Kolonialmacht zur Sicherung ihres Einflusses über den Suezkanal den Nordsudanesen entgegenzukommen und die beiden Gebiete zusammen in die Unabhängigkeit zu entlassen.

1948 wurde eine gesetzgebende Versammlung mit 13 Südsudanesen, 76 Nordsudanesen und 6 Briten aufgestellt. 1953 kamen die vier grossen politischen Parteien des Nordsudan und Ägypten zu einer Übereinstimmung über die Unabhängigkeit des Sudans. Die Südsudanesen protestierten bei der UNO gegen diese Abkommen. Im August 1955 wurde das südsudanesisches Armee Korps entwaffnet und in den Norden verlegt. Die Soldaten meuterten dagegen. 1956 erhielt der Sudan die Unabhängigkeit.

Bereits 1958 wurde die zivile Regierung durch einen Militärputsch gestürzt. Seither lösen sich in Khartum die Machthaber einander ab.

Nun versuchte der Norden, den Süden durch Repression zu unterwerfen. Im Dezember 1960 sollten Massenverhaftungen südsudanesischer Politiker erfolgen. Einer Gruppe gelang es zu fliehen und eine Exilorganisation zu gründen, die ab 1963 den Guerillakrieg im Süden aufnahm. Die Antwort war Antiguerillakriegführung des Nordens. So brannten die Streitkräfte des Nordens im Juli 1965 3000 Hütten in der südsudanesischen Hauptstadt Juba nieder. Von 1969 bis 1971 wurden Tausende von Menschen in ihren Hütten lebendig verbrannt, hingerichtet, verstümmelt, vergewaltigt, entführt und die Dörfer mit Napalmbomben bombardiert.

Seither tobt ein gnadenloser Krieg zwischen dem Norden und dem Süden, der immer wieder durch Waffenstillstände unterbrochen wird. Über eine Million Südsudanesen dürften in der Zwischenzeit ermordet worden sein. Die Zahl der Flüchtlinge im Kongo, Uganda und in Zentralafrika dürfte auch die Millionengrenze überschritten haben.

Traditionell wurde in der Vergangenheit der Norden bis Ende der 80er-Jahre durch Ägypten und Saudi-Arabien unterstützt und der Süden durch Äthiopien. Ab Beginn der 90er-Jahre erhielt der Norden durch Osama bin Laden und seine Al-Kaida eine wichtige Unterstützung. Osama bin Laden durfte bis 1996 sogar das Gastrecht des Nordens beanspruchen. Wie die Beziehungen der heutigen Machthaber von Khartum zu Al-Kaida sind, ist nicht klar.

Aufgrund der Erdölvorkommen im Sudan hat ein Wechsel der Machtbeziehungen im Sudan stattgefunden. Um sein Wirtschaftswach-

tum aufrechterhalten zu können, ist die Volkrepublik China auf Erdölgebiete angewiesen, die nicht unter US-Kontrolle stehen. Zu diesem Zweck ist eine Kooperation zwischen Khartum und Beijing entstanden. Die USA unterstützen offensichtlich als Gegengewicht den Süden. Die britische Kolonialpolitik, die lange Zeit den Süden und den Norden getrennt hatte, gehört offensichtlich definitiv der Vergangenheit an. An ihrer Stelle ist ein Machtkampf um die Erdölquellen des Sudans getreten. Ein Zeichen dafür sind auch die Massaker in der Provinz Darfur. Bis jetzt gehörte diese Provinz zum Norden. Nun setzt Khartum zur Kontrolle der Erdölfelder die gleiche Repression ein, wie sie jahrzehntelang im Süden ausgeübt wurde. Dörfer werden durch mordende Milizen im Solde von Khartum niedergemacht, Frauen vergewaltigt und Menschen vertrieben.

Diese Art des Krieges, die heute in der politikwissenschaftlichen Literatur als neu bezeichnet wird, ist gegen die Bevölkerung gerichtet. Diese Kriege werden durch private Armeen und Söldner geführt, die sich durch Plünderungen entschädigen können. Wir haben es mit einer Renaissance der Gewalt zu tun, wie sie im Dreissigjährigen Krieg im Deutschen Reich stattfand. Der Krieg ist zu seinen Ursprüngen zurückgekehrt. Dem Genozid durch Mord und Vergewaltigung schaut die europäische Welt beinahe hilflos zu. Appelle an die Machthaber in Khartum nützen wenig, wenn gar nichts. Die Tragödie, auf die wir Angehörige demokratischer Staaten nicht vorbereitet sind, nimmt ihren Lauf.

Albert A. Stahel

ginn des Projektes erwartet worden waren.

Mit der Inbetriebnahme von FLORAKO wurde das alte FLORIDA-System ausser Betrieb genommen, welches dank grossen Anstrengungen der Unterhalts- und Betriebsorganisationen während 35 Jahren zuverlässig funktionierte.

FLORAKO als Beitrag der Luftwaffe zur integrierten Flugsicherung im schweizerischen Luftraum

Der schweizerische Luftraum ist einer der dichtbeflogenen Lufträume Europas. Über unserm Land kreuzen sich stark benutzte Luftstrassen, die An- und Abflüge der zivilen Flughäfen benötigen Luftraum, die General Aviation, motorlose Fluggeräte usw. beanspruchen Platz. In dieser Umgebung muss auch die Luftwaffe ihre Aufgabe erfüllen, die Wahrung der Lufthoheit sicherstellen sowie das notwendige Training für alle Aufgaben durchführen können. Daher besteht schon lange die Anforderung, nämlich seit 1966 und 1994 im Luftfahrtgesetz bestätigt, die zivile und militärische Flugsicherung zu vereinigen. Mit der

Gründung der skyguide auf den 1. Januar 2002 wurde die betriebliche Integration vollzogen. Grosse Synergien werden speziell bei der Erstellung einer gemeinsamen Luftlage erwartet. Mit FLORAKO hat nun die Luftwaffe ein System, welches in der Lage ist, die Daten technisch mit einem zivilen Air Traffic Management System auszutauschen. Sobald dies realisiert ist, haben beide Seiten, die zivile und die militärische Flugsicherung, endlich die gleichen Informationen. Damit kann der Luftraum noch besser und sicherer benutzt und bewirtschaftet werde.

Um in der Flugsicherung enger zusammenarbeiten zu können, wird nach der Fertigstellung des neuen Flugsicherungsgebäudes der skyguide in Dübendorf eine FLORAKO-Einsatzzentrale in das neue Gebäude integriert. Damit wird ein weiterer Schritt in Richtung zentrale schweizerische Luftraumbewirtschaftung vollzogen. Mit dieser sicheren und effizienten Bewirtschaftung des Alpenraums kann die Schweiz in Zukunft auch in einem Europa mit wenigen Flugsicherungszentralen einen wichtigen Beitrag leisten und die Souveränität im Luftraum behaupten.

Zusammenfassung

Zusammenfassend stellen wir mit Genugtuung fest, dass wir den wichtigsten Meilenstein des Projektes, die Inbetriebnahme und Übergabe des System an die Luftwaffe am 17. März 2004, erfolgreich erreicht haben. Nun müssen im Betrieb weitere Erfahrungen gesammelt werden. Auch wenn noch einige Modifikationen zur Optimierung des Systems vorgenommen werden müssen, können wir bereits heute feststellen: das FLORAKO-System erfüllt die Anforderungen als zentrales Luftraumüberwachungs- und Führungssystem der Luftwaffe für die Zukunft. ■



Hans-Peter Hulliger,
Dipl. Ing. ETH,
Militärpilot, Projektleiter
FLORAKO
armasuisse
8344 Bäretswil